

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/13

20. Januar 1975

Rechtspolitisches Programm wird voll erfüllt

-----  
Die wichtigsten Gesetzesvorhaben des Bundesministeriums  
der Justiz

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB  
Bundesminister der Justiz und Mitglied des SPD-Präsidiums  
Seite 1 und 2 / 83 Zeilen

Entspannung ist keine Automatik

-----  
Konkrete Anstrengungen von allen Seiten unerlässlich  
Seite 3 und 4 / 47 Zeilen

CDU/CSU-Fraktionschef im Zielfeld

-----  
Prof. Carstens Rolle in der Affäre Gewandt muß vorbehalt-  
los geklärt werden  
Seite 5 / 38 Zeilen

Künftig bei den Nibelungen

-----  
In Vilehoben ist es für Strauß zu eng geworden  
Seite 6 / 38 Zeilen

Rechtspolitisches Programm wird voll erfüllt

Die wichtigsten Gesetzesvorhaben des Bundesministeriums der Justiz

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Bundeminister der Justiz und Mitglied des SPD-Präsidiums

Nach dem bisherigen Stand der Arbeiten im Parlament und im Bundesministerium der Justiz kann davon ausgegangen werden, daß das justizpolitische Programm der Koalition für die 7. Legislaturperiode bei den wichtigsten Gesetzesvorhaben voll erfüllt werden kann.

Folgender Überblick über den Stand der Arbeiten zu Beginn der zweiten Hälfte dieser Legislaturperiode in Verbindung mit den bisherigen Ergebnissen der Beratungen läßt das erkennen.

1/ Im Bereich des Familienrechts liegen die Eherechtsreform, die Vorlage über das Recht der elterlichen Sorge und die große Adoptionsreform sämtlich dem Bundestag bzw. den Ausschüssen zur Beratung vor. Das Erste Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts soll noch vor der Sommerpause in 2. und 3. Lesung verabschiedet werden, so daß es wie vorgesehen am 1. Januar 1976 in Kraft treten kann. Ein Teil dieser Reform, nämlich das Gesetz über den Ehe- und Familiennamen, kann unter Umständen schon in diesem Monat als eigenes Gesetz in 2. und 3. Lesung verabschiedet werden. Das eigentliche Scheidungsrecht, die Regelung des Unterhaltsrechts und der Versorgungsausgleich sowie die prozeduralen Bestimmungen, z.B. die Einrichtung der Familiengerichte am Amtsgericht, sind im Unterausschuß Familienrecht zum größten Teil durchberaten; sie liegen damit dem Rechtsausschuß vor.

Die erste Beratung des Entwurfs der Bundesregierung für ein Gesetz zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge ist bereits erfolgt. Gegenüber dem geltenden Recht soll dieses Gesetz die Eltern verpflichten, auf den Willen des einsichtsfähigen Kindes bei den es betreffenden Entscheidungen mehr als bisher Rücksicht zu nehmen: Im Mittelpunkt soll allein das Wohl des Kindes stehen.

Das Gesetz über die Annahme als Kind - die große Adoptionsreform - kann ebenfalls in diesem Monat in erster Lesung im Bundestag beraten werden. Diese Reform will das zu adoptierende Kind in die Familie der Adoptiveltern wie ein leibliches Kind voll integrieren. Volladoption bedeutet, daß die verwandtschaftlichen Bande zu den leiblichen Eltern abgeschnitten werden und in Zukunft das Kind auch mit der Familie der Adoptiveltern verwandt ist. Außerdem wird die bisherige Vertragsadoption - einen Vertrag kann man anfechten - durch die Dekretadoption - ein Akt des Gerichts - abgelöst.

2/ Nachdem sich der Strafrechtssonderausschuß bereits seit Ende der Sommerpause intensiv mit dem Entwurf der Bundesregierung für ein Bundesstrafvollzugsgesetz beschäftigt hat, kann davon ausgegangen werden, daß diese Reform ebenfalls bis zur Sommerpause verabschiedet sein wird, so daß sich der Strafrechtssonderausschuß sodann mit dem Ersten Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität beschäftigen kann, das die Bundesregierung am 8. Januar 1975 verabschiedet hat. Danach können auch diese beiden Gesetze noch in dieser

Legislaturperiode in Kraft treten. Das Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten liegt bereits den Ausschüssen zur Beratung vor. Dieser Gesetzentwurf will den Opfern von Gewalttaten und deren Hinterbliebenen - falls nach bisherigem Recht Entschädigungen nicht gewährleistet werden können - zu einer Rente nach dem Bundesversorgungsgesetz verhelfen. Damit soll - ebenfalls noch in dieser Legislaturperiode - eine Lücke im bisherigen Versorgungssystem geschlossen werden.

Das Arbeitsprogramm des Bundesministeriums der Justiz sieht für das 3. und 4. Jahr der 7. Legislaturperiode ferner die Vorlage eines Kabinetentwurfs zum strafrechtlichen Umweltschutz vor; zur Zeit werden die Vorstellungen des Bundesministeriums der Justiz zwischen den Ressorts abgestimmt.

3/ Im Bereich des Verbraucherschutzes sind die Beratungen über den materiellen Teil eines Ersten Gesetzes zum Schutz des Verbrauchers auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts (Allgemeine Geschäftsbedingungen) im Bundesministerium der Justiz wegen der erforderlichen Anhörungen von rd. 150 Verbänden und Organisationen noch im Gange. Es ist damit zu rechnen, daß sodann ein entsprechender Entwurf dem Bundeskabinett vorgelegt werden kann. Was den verfahrensrechtlichen Teil der Reform des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen anlangt, ist zu erwarten, daß die Kommission ihren Bericht in den nächsten Monaten vorlegen wird. Daneben besteht gute Hoffnung, daß in dieser Legislaturperiode auch noch diese den materiellen Teil ergänzenden prozeduralen Vorschriften in einem eigenen Gesetzentwurf der Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften überwiesen werden können.

Ebenfalls in der zweiten Hälfte dieser Legislaturperiode wird das Bundesministerium der Justiz dem Kabinett noch einen Entwurf über den Reiseveranstaltungsvertrag vorlegen. Schließlich sollen in diesem Bereich bis zum Ende dieser Legislaturperiode dem Kabinett ein Entwurf über den Ausbau des Rechtsschutzes für Bürger mit geringem Einkommen durch Einführung einer kostenlosen oder verbilligten vor- und außergerichtlichen Rechtsberatung und ein Gesetzentwurf zur Verbesserung der Chancengleichheit beim Zugang zu den Gerichten zur Verbuchladung zugeleitet werden.

4/ Nachdem zum 1. Januar 1975 wichtige Teile der Reformvorhaben aus dem Gebiet des Zivilprozeß- und des Strafprozeßrechts in Kraft gesetzt worden sind, kann davon ausgegangen werden, daß auch die übrigen Vorhaben im Bereich des Prozeßrechts im zweiten Teil dieser Legislaturperiode verabschiedet werden: nämlich der nicht verabschiedete Teil des Gesetzes zur Vereinfachung und Beschleunigung gerichtlicher Verfahren (Vereinfachungsnovelle), das Gesetz zur Änderung des Rechts der Revision in Zivilsachen und in Verfahren vor Gerichten der Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit, das Gesetz über das Zeugnisverweigerungsrecht der Mitarbeiter von Presse und Rundfunk und - hier handelt es sich um Kosten- und Gebührenrecht - das Gesetz zur Änderung des Gerichtskostengesetzes, des Gesetzes über die Kosten der Gerichtsvollzieher, der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte und anderer Vorschriften.

(-/20.1.1975/ks/pr)

+ + +

Entspannung ist keine Automatik

Konkrete Anstrengungen von allen Seiten unerlässlich

Eines der zentralen Fazitergebnisse der Klausurbereitungen des Außenpolitischen Kongresses der SPD im Bonner Bundeshaus hat zu der von allen Seiten übernommenen Erkenntnis geführt, daß die Entspannung kein Automatikvorgang ist, der nach dem Start von selbst zu den gewünschten und angepeilten Zielen führen müßte. Mit dieser Erkenntnis verbunden alle Seiten die Forderung, daß jetzt, heute und morgen, nach dem nicht mehr rücknehmbaren Entschluß der beteiligten Staaten, den Kalten Krieg als Relikt der Vergangenheit zu begraben, der freiwillig und in völliger Übereinstimmung begonnene Prozeß der Entspannung entschlossen und tatkräftig in konkreten Anstrengungen voranzutreiben ist. Da die überlange Periode des Kalten Krieges natürlich in beiden Lagern Mißtrauensreste zurückgelassen habe, könne es immer wieder zu Schwierigkeiten kommen, die vielleicht Verlangsamungen zur Folge haben und den Entspannungsvorgang langfristiger gestalten als es Ungeduldige wahrhaben möchten. Bei der inzwischen eingetretenen Überlappung und Verklammerung der beiderseitigen Interessen, vor allem auch auf wirtschaftlichem Gebiet, könne es aber keinen Stillstand geben und schon gar nicht mehr zu einem Zurück kommen.

Zweifellos setzen diese Thesen eine gehörige Portion Mut und ein großes Maß an Hoffnung voraus. Man wird sich aber in beiden Lagern dazu entschließen und bekennen müssen, wenn man nicht die Menschen auf beiden Seiten zutiefst enttäuschen und ihr Vertrauen tödlich verletzen und damit neue und überaus gefährliche Konfliktsituationen geradezu heraufbeschwören will. Diese Menschen hüben und drüben, die freilich unter verschiedenen und miteinander nicht vereinbaren Systemen und auch Ideologien leben, haben aber alle und ausnahmslos den festen und sagen wir es offen: verbiessenen Wunsch

nach Frieden, nach Zusammenleben, nach Zusammenarbeit und nach Partnerschaft. Diese völlig übergeordneten Tatbestände können auch als übergeordnete Zwänge auf Regierungen und Politiker wirken, von sich aus alles zu unternehmen, zu initiieren und zu versuchen, um auf dem Weg der Entspannung, der Kooperation und der Aufspürung gleicher oder zumindest paralleler Interessen pausenlos und ohne unnötiges Zögern voranzuschreiten.

Die Klausurgepräche des Bonner SPD-Kongresses brachten in ihrer West-Ost-Arbeitsgruppe Aussagen von östlicher Seite; die als repräsentativ zu gelten und ungeachtet des privaten Charakters des Auftretens der handelnden Personen dennoch verbindlichen Charakter haben. Für das sowjetische Lager sprach der Direktor des Moskauer Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen, Prof. Dr. Nikolaj N. Inosemzew, Akademienmitglied und Kandidat des Zentralkomitees der KPdSU ist; für das polnische Lager der Direktor des Warschauer Instituts für Internationale Angelegenheiten, Prof. Dr. Marian Dobrosielski, der die polnische Delegation bei den Genfer KSZE-Verhandlungen leitet.

Man darf sich also an das Motto des west-östlichen Dialogs halten, das der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner als Arbeitsgruppenleiter der Diskussion voraussetzte und von ihr dabei vollauf bestätigt wurde: Es mag noch manche Fragezeichen am Wege der Entspannung geben, aber es gibt keine Fragezeichen mehr über den Ausgangspunkt und über das unbestreitbare und unbestrittene Ziel.

Erhardt Eckert  
(-/20.1.1975/ka/pr)

+ + +

CDU/CSU-Fraktionschef im Zielfeld

Prof. Carstens Rolle in der Affäre Gewandt muß vorbehaltlos geklärt werden

Wer seinen Mantel über einem heißen Eisen ausbreitet, darf sich über Brandlöcher hernach nicht wundern. Wenn nicht alles täuscht, haben die Aktivitäten des Fraktionsführers Prof. Dr. Karl Carstens in der Affäre Gewandt der CDU/CSU und vor allem ihm selbst mehr geschadet als genützt.

Wenn es stimmt, was "Spiegel" und "Stern" über Carstens Tip an den Hamburger Unions-Abgeordneten berichten und was CDU-Fraktionssprecher Dr. Eduard Ackermann als Versuch politischer Diffamierung werten will, dann steht es schlimm um das eh angekreutzte Image des Unions-Professors. Hat er "unter Bruch zugesicherter Vertraulichkeit" ("Stern") den Parteifreund vor dem Anrücken der Staatsanwaltschaft gewarnt oder hat er nicht? Hat er am 3. Dezember mit Gewandt ein von diesem fatalerweise protokolliertes Gespräch geführt, dessen schriftliches Zeugnis auf Geheiß von Carstens vernichtet werden sollte ("Spiegel") oder nicht?

Carstens spielt auf jeden Fall eine undurchsichtige Rolle in der Affäre. Die Forderung der SPD-Fraktion nach "rascher Untersuchung" ist nicht nur berechtigt, sondern notwendig. Das muß im Interesse aller Beteiligten mit reiner Weste liegen. Ein Wasch-mir's-"Gewandt"-aber-mach-mich-nicht-naß darf es im Interesse der Glaubwürdigkeit und des Ansehens unserer demokratischen Ordnung nicht geben.

Viele noch offene Fragen verlangen eine offene Antwort. Ohne Vorbehalte. Es ist immer noch besser die Wahrheit tut einzelnen weh und gereicht der Allgemeinheit zum Wohl als umgekehrt. Es gilt die Rolle des rheinland-pfälzischen CDU-Justizministers Otto Theisen zu klären, dem die Koblenzer Staatsanwaltschaft Meldung über den Stand der Ermittlungen in dem Polit-Krimi um Gewandt machte. Es muß aufgeklärt werden, ob Carstens Bürochef Hans Neusel im Dunkeln mit munkelte. Und auch ob Mittelstands-Geschäftsführer Peter Spary derjenige ist, der den Eimer im Toiletten-Vorraum zur Ablage für Dokumente umfunktionierte, muß untersucht werden.

Fest steht, daß mit der Beurlaubung des CDU-Abgeordneten Gewandt jetzt nicht mehr nur in einer unerfreulichen Affäre der erste Spatenstich in die Versenkung getan ist. Ob der Hamburger Unionachrist und Mittelstandsfunktionär nun der Beihilfe zur aktiven Bestechung schuldig zu machen ist oder nicht scheint hinter der Frage zu verbleiben, ob Spitzenkräfte der Union der Verschleierung Vorschub leisteten. Dies zu klären kann nicht mehr nur "Ehrengerichten" vorbehalten bleiben.

Wenn sich der Verdacht, der sich unvoreingenommenen Beobachtern aufdrängen muß, als begründet erweist, kann das für die Unionspitzen nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Karl-Heinz Mahlach  
(-/20.1.1975/ks/pr)

+ + +

### Künftig bei den Nibelungen

-----

In Vilshofen ist es für Strauß zu eng geworden

Das politische Bonn horchte auf; der Mantel der Geschichte raschelte und wird, wer weiß das, vielleicht bald rauschen. Der sich im fernen China derzeit um die politischen Globalzusammenhänge kümmernde CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß ließ im heimischen Bayern die Botschaft veröffentlichen: Nicht mehr von Vilshofen aus wird - wie mehr als ein Vierteljahrhundert lang - ab 1975 der Meister seine Aschermittwocherede halten; die Nation bekommt fortan in der Passauer Nibelungenhalle die Leviten gelesen. Nicht gebrochen wird die Tradition, wie zunächst Kleinmütige befürchteten, viel mehr gestärkt.

Gewiß war auch Vilshofen nicht ohne Symbolkraft, darin ist den Vertretern einer bestimmten bajuvarischen Schule durchaus zuzustimmen, aber nicht zu übersehen ist doch die Perspektive, die nun vermittels der Nibelungen eröffnet wird. Manah einer mag bereits jetzt Walhalla bei Regensburg vor seinem historischen Horizont erblicken. Das ist wahrscheinlich nicht zu weit gegriffen, wenn auch die Bescheidenheit es dem großen Meister dem Vernehmen nach bisher verbot, bezüglich dieses Ziels schon direkte Anweisungen zu erteilen. Sicher darf man hoffen.

Überhaupt ist eine Nibelungenhalle eine gute Durchgangsstation auf dem langen Marsch zu großen Abenteuern. Es bedurfte bei Franz Josef Strauß nicht der Erinnerung durch chinesische Germanisten, daß Nibelungen und Nebel eng zusammenhängen. Wenn sich denn die Nebeldecke allgemeiner Verzagtheit, mit der der Meister gut umzugehen weiß, über das deutsche Volk senkt, so "kommt aus den bayerischen Bergen die Rettung". Sovial ist seit Jahren bekannt. Sicher dringt aus der Nibelungenhalle künftig mehr, wenn auch nicht weniger Nebulose, was sowieso nur schade für den Effekt wäre. Auch in China hätte ein Strauß-Auftritt ohne Nebliches, eine Darbietung nüchterner deutscher Realität der Szene eine gewisse Wirkung genommen.

Der Umzug aus der drangvollen Vilshofener Enge in die Halle der Nibelungen ist schon rundum stilvoll. Und vor allem strategisch richtig. Was sind das bloß für Leute in der Münchner CSU, die Straußens Aschermittwocherede an die Nation und Welt ins "Schwabinger Fischessen" integrieren wollten. Ein Katerfrühstück, welche Dimensionen tun sich denn da auf!

Claus Preller  
(-/20.1.1975/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller